

Wiesbadener Tagblatt.

49. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugspreis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 2 Mk. 50 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,500 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Zeitzeile für locale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reclamen die Zeitzeile für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Auswärts 1 Mk.

Anzeigen-Annahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 14.

Redaktions-Zersprecher No. 32.

Mittwoch, den 9. Januar.

Verlags-Zersprecher No. 2266.

1901.

Abend-Ausgabe.

Sociale Jucht und Entartung.

Wenn man von socialer Entartung spricht, so denkt der schulgerechte Kulturmenschen zunächst an gewisse Zustände im alten Rom. Vor seinem geistigen Auge steigen aus dem Schuttstaube die Zeiten der sittenverderbenden Cäsaren Liberius und Caligula empor. Aber man braucht nicht sogenannte römische Klassiker im Urtext zu lesen, um entartete Sitten kennen zu lernen. Wer einen Blick für gewisse Erscheinungen des modernen Lebens hat, der wird bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß auch die heutigen Zustände an die Zeiten tiefen sittlichen Verfalls erinnern. Wer nicht als gedankenloser und unverbesserlich gleichgültiger Optimist durch die Gegenwart wandert, der hat das übrigens längst erkannt. Die große Waise, auch der halbgebildeten und herrschenden Kreise, bedarf jedoch der sittlichen Aufrüttelung. In dieser Beziehung hat der Sternberg-Prozess wie ein heftiger Peitschen-schlag gewirkt. Unter anständigen Leuten spricht man nicht gern von dem düsteren Sittenbilde, das sich vor dem Landgericht in Moabit in langen Wochen entrollte. Aber still an ihm vorübergehen würde eine Feigheit, wenn nicht Schlimmeres sein. Es geht dem Socialpolitiker wie dem Arzt! Auch er muß, wenn es die Umstände verlangen, im Gefühl der giftigen Bacillus suchen. Ein Pfuhl von sittlicher Schande war jener Prozeß. Der Richter hat gesprochen; jetzt ist es Aufgabe der sociologischen Wissenschaft, den Boden zu untersuchen, in dem die sittliche Entartung wuchert.

Da drängt sich zunächst die Frage auf: handelt der „moderne“ Mensch überhaupt auch nach festen, unverrückbaren Sittengesetzen? — Wer sich frei von Schuld fühlt, der hebe den ersten Stein auf! Und auch der Staat als ideale Persönlichkeit soll sich seiner Strafpflicht manchen Abscheulichkeiten gegenüber mehr bewußt werden als bisher! Wie eine Brandfahle hat jener Prozeß eine große Menge jener Uebel beleuchtet, für die das 19. Jahrhundert den Gemeinbegriff: „Sociale Frage“ gefunden hat. Ohne eine skrupellose Erwerbsjucht würde es dem Berliner Bankier nicht möglich gewesen sein, seinen defakten Lebenslagen zu fröhnen und einen Schmutzflod von Korruption weit um sich her zu verbreiten. Diese skrupellose Erwerbsjucht hängt meistens eng zusammen mit einem skrupellosen Genußleben, wie es in jeder Großstadt heute zu finden ist. Die in der Jagd nach Gold müde gewordenen Nerven bedürfen zu immer weiterer Ausspannung der Peitsche wahnwitziger Gemüße. Diese selbst werden bald zur Gewohnheit, werden bald die Quelle der Erwerbsjucht. Keine Hand zu ehrlicher Arbeit rühren, aber Hunderttausende in unwürdiger Weise verzenden, wird heute in gewissen Kreisen als ein unüberwindliches Menschenrecht betrachtet. Es ist ein Glück, daß diese Kreise in Deutschland klein sind, daß sie bei uns nicht typisch sind für gewisse Stände; man mühte sich sonst schämen, ein Deutscher zu sein. Ein skrupelloses Genußleben hängt auch eng zusammen mit der socialen Noth. Schlechte wirtschaftliche Zustände mit ihren Begleiterscheinungen sind fast immer die Grundlage der Sittenverderbnis. Sie zerrütten das Familienleben, treiben die Mutter in die Fabrik und das schulpflichtige Kind zum Erwerb unter Fremde, auf die Straße, in den schmutzigen Wellenschlag des großstädtischen Lebens hinein. Wo waren denn die Mütter der zahlreichen Kinder, die sich auf Sternberg'sche Modellgenüsse melden? Es handelte sich doch nicht in allen Fällen um Waisen und wo waren die Pflegereltern der letzteren? Der Strafrichter hat diese Fragen nicht aufgeworfen und er hatte weniger Ursache dazu wieder Socialpolitiker, dem der Erfolg jener Modellgenüsse abermals ein Beweis für die arge Verfalltheit des Familienlebens ist. Der harte Kampf um den Broderwerb läßt heute in zahllosen Familien die Sorge um die Kinder zurücktreten. Es fehlt ihnen der elterliche Schutz, sie sind sich selbst überlassen, müssen oft sich selbst unterhalten, einen eigenen Erwerb in der schulfreien Zeit suchen und entwickeln sich dann bald zu jener Frühreife, die im Sternberg-Prozess so abstoßend wirkte. Auch die Schule vermag Kindern, denen die elterliche Erziehung mangelt, nur selten einen starken sittlichen Halt zu geben. So kann es nicht überraschen, daß viele über jeden Stein, an den sie auf ihrem Lebenswege stoßen, fallen, daß viele schon in früher Jugend in moralischer Hinsicht versinken. Es gehört ein starker sittlicher Wille dazu, unter den sich prunkend zur Schau drängenden raffinierten Genüssen der Großstadt zu darben, ohne schlecht zu werden. Der Reiche ahnt nicht, wie schwere innere Kämpfe der arme oft um seine Rechtschaffenheit führen muß; in dem Vornehmum zur Begierde taumelnden reichen Lebensmann ist das Gefühl für Ehrenhaftigkeit überhaupt bald erloschen. Der Sternberg-Prozess zeigte die zwischen skrupellosen Gelderwerb und niedrigster Genußjucht einhertaumelnde Lebensauffassung in ihrer

ganzen nackten Erbärmlichkeit. Ihr ist nichts heilig; nicht die Unschuld des Kindes, nicht der Eid des Beamten, nicht die bürgerliche Existenz des Nachbarn; für sie giebt es keine sittliche Werthe, mit einer Hand voll Gold glaubt sie Alles kaufen, Alles zu sich in den Sumpf socialer Fäulnis herabzerren zu können.

Und was das Schlimmste ist, eine derartige sittliche Entartung wirkt ansteckend, wie eine Seuche nach allen Seiten hin: in die Höhe, in die Tiefe und in die Breite. Sind nicht höhere Beamte, Kinder der Armuth und wahrscheinlich auch Rechtsanwälte von dieser geistigen Syphilis angegriffen worden? Der letzte Akt des Sternberg'schen Kriminalfalles ist auch mit den jüngsten Moabit-Verhandlungen noch nicht beendet, doch schon sie haben bewiesen, welchen schlimmen Einfluß ein verdorbener Mensch zu üben vermag, dessen Taschen mit Gold gefüllt sind. Das berüchtigte „non olet“ stammt zwar aus dem klassischen Alterthum, aber es kann damals kaum mehr Verachtung als heute befehlen haben. Auch das hat der Sternberg-Prozess wieder eindringlich bewiesen. Ein Lebemann anrüchligster Art zeigt seine gut gefüllte Börse und sofort findet er bei seinen niedrigsten Trieben Helfer und Freunde, Gelegenheitsmacher, Vertuschler und Beschöniger. Wie ein Ras die Schmeißfliegen anzieht, so kommen sie schillern und giftig wie diese; gierig, um jeden Preis, und sei es um die völlige persönliche Entwürdigung, für sich eine Flocke aus dem goldenen Blies des elenden Hüflings zu reißen. Geld reicht nicht.

Und was ist die Ursache dieser Entwürdigung, dieser Demuth vor dem goldenen Kalbe? Immer wieder müssen wir die dunklen Seiten unserer heutigen socialen Zustände ausblättern, um eine Erklärung zu finden. Ist es nicht heute Regel, mehr zu scheinen als man ist; wie viele Leute haben denn noch den Muth, nur das zu scheinen, was sie wirklich sind? In einer Zeit, wo „ein großes Haus machen“ das einzige Ideal vieler Frauen und Männer blieb, kann es kaum überraschen, wenn über die Verhältnisse hinausgelebt und das gefällige Leben grobe Unwahrscheinlichkeit zur Grundlage hat. Es ist oft nur durch skrupelloses Goldmachen möglich, den Schein aufrecht zu erhalten, sich der durch ein thörichtes Genußleben hochemborgewanderten Verpflichtungen zu erwehren und so strengt man die Hand hin, wo ein Goldstrom fließt, kommt er auch aus schmutzigster Quelle. Vielen Menschen, die sich ekeln, nur einen Finger in unsauberes Wasser zu tauchen, kommt es gar nicht mehr zum Verwahrsein, daß sie ihr ganzes Dasein aus einem Sumpf schöpfen. Stann es da überraschen, wenn die Sternberge gefügige Werkzeuge finden? —

Bei einem krebstranken Baum schneidet man die schlechte Stelle mit dem scharfen Eisen aus. Aber das genügt nicht zur wirklichen Heilung. Der Krebs wird durch die Ernährungsverhältnisse des Baumes bedingt; den Boden, in dem dieser wurzelt, muß ein kluger Gärtner sorgsam zubereiten. Ähnlich auch mit dem socialen Körper. Der Krebs sittlicher Entartung muß, wo es möglich ist, mit der Schärfe des Strafgesetzes herausgeschnitten werden. Noch augenfälliger wie im Harmlosen-Prozess ist im Sternberg-Prozess hervorgetreten, daß verhängnisvolle Läden im Strafgesetzbuch schlafen. Die einzelnen Handlungen, in denen sich das Lotterleben gewisser Kreise unserer Männerwelt ausdrückt, muß die Uebelthäter nicht nur vor die Schranken des Gerichtshofs, sondern um sie unter die Justitruhe des Richters zu stellen. Verbrechen, wie sie der Sternberg-Prozess enthüllt hat, erfahren keine Sühne durch die erlaunte kurze Justitruhe. Die Integrität der weiblichen Ehre und des jungfräulichen Körpers sind heute fast schutzlos der List und Rohheit der „Lebemannner“ preisgegeben. Doch der eigentliche Heilungsprozeß kann auch hier nur durch die Verbesserung des socialen Untergrundes erfolgen. Alle die Uebel, die der Sternberg-Prozess schonungslos aufdeckte, werden weiter wuchern, wenn wir nicht durch wirtschaftliche und sociale Ausrottung der Sumpfe für bessere Luft sorgen. Das ist nicht möglich ohne entschlossene Abkehr von dem materiellen Genußleben, nicht möglich, ohne daß man der das Wohl der Römischen niederstumpfenden skrupellosen Erwerbsjucht, dem harten Egoismus unserer Tage, einen Fußtritt giebt. Eine zweckentsprechende Gesetzgebung vermag hier Manches zu bessern, noch mehr aber eine sociale Jucht vom Innern des Volkskörpers heraus. Die Menschen müssen wieder die Kunst lernen, mit schlichten Sitten und einfachen Bedürfnissen durch das Leben zu gehen — und dabei glücklich zu sein.

Deutsches Reich.

Die preussische Thronrede.

Nüchtern, als die preussische Thronrede die Kanalvorlage ankündigt, konnte ein so wichtiges Unternehmen überhaupt nicht angekündigt werden. Allerdings darf man wiederholen, daß die großen Worte allein es nicht

machen, und daß es demgemäß nicht so sehr darauf ankommt, wie das Kanalgesetz eingeführt wird, als vielmehr einzig darauf, wieviel Festigkeit die Staatsregierung aufwenden will, um es durchzuführen. In dieser Beziehung ist durch den auffallend matten Ton der Thronrede natürlich nichts verstanden. Graf Bülow kann sehr wohl der Meinung sein, daß man besser thut, unerschütterlich zu sein, als es nur zu versprechen, um sich hinterher als leider stark erschütterlich zu erweisen. Die Thronrede ist, wie es nicht selten mit solchen Aktienstücken geschieht, interessanter in dem, was sie verschweigt, als in dem, was sie enthält. So fehlt die Erwähnung eines Schulunterhaltungsgesetzes. Das will sagen, daß die Regierung keine Lust hat, den konservativen und clerikalen Wünschen nach einem konfessionellen Schulgesetz die Handhabe zu einer gefährlichen Geldendmachung zu gewähren. Während der vorigen Session und in der parlamentslosen Pause nach ihrem Schluß konnte man in den Blättern der Rechten und des Centrums Mancherlei von der dringenden Nothwendigkeit hören und lesen, diese Materie wieder einmal energisch anzufassen. Graf Bülow ist dem also nicht der Meinung, daß solche Nothwendigkeit besteht, und wenn man darin einen Programmpunkt seiner Politik erblicken will, so hat er vielleicht nicht allzuviel dagegen. Jedenfalls wünscht der Reichstanzler und Ministerpräsident klüglicher Weise die Landtagsession von jedem Jubel freizuhalten, das eine Erhöhung der Kanalpolitik bedeuten könnte. Alle in der Thronrede angekündigten Vorlagen treten hinter den Kanalgesetzentwurf an Umfang und Bedeutung so weit zurück, daß die Verabreichung dieser Kernvorlage äußere Hindernisse in der Geschäftslage nicht finden wird. Umso schneller hoffentlich wird es sich herausstellen können, ob die Staatsregierung die Geschicklichkeit und die Entschlossenheit besitzt, das Werk zu einem guten Gelingen hinauszuführen. Kann die Kanalvorlage den ersten Platz beanspruchen, so bleibt es daneben ein Unternehmen von tiefgreifender Wichtigkeit, das mit dem angekündigten Gesetzentwurf zur Abstellung der Wohnungsnoth in Frankfurt am Main durchgeführt werden soll, zumal der Geltungsbereich der Vorlage späterhin auch auf andere Gemeinden ausgedehnt werden soll. Ob es sich dabei um eine wirkliche „Lösung“ der Wohnungsfrage oder nur um einen bescheidenen Versuch lokaler Reformen handelt, kann selbstverständlich erst die Vorlage selbst ergeben. Auch der Gesetzentwurf, betreffend die Bildung einer Provinz Berlin, muß abgewartet werden, ehe sich darüber urtheilen läßt, was an den Befürchtungen Wahres ist, die in dieser Vorlage eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Hauptstadt erblicken wollen. Zu den Läden, die auf die Absichten der Staatsregierung unter dem neuen Regime vielleicht Schlüsse gestatten können, gehört neben dem schon erwähnten Verzicht auf ein Schulunterhaltungsgesetz auch das Fehlen einer Vorlage betreffend des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter. Herr v. Hammerstein hatte eine solche Vorlage in der letzten Session in Aussicht gestellt, aber Graf Bülow scheint kein Gefallen an der Sache gefunden zu haben, was die konservativen freilich nicht hindern wird, ihrerseits einen entsprechenden Initiativantrag einzubringen. Die Schilderung der günstigen Finanzlage Preussens gehört seit Jahren zu den angenehmen Eigenheiten preussischer Thronreden. Sie ist diesmal umso bemerkenswerther, als die Finanzen wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Landes abhängen, indem sie durch einen Rückgang der Eisenbahneinnahmen sehr schnell um Dutzende von Millionen geschädigt werden können. Derartige Besorgnisse bestehen aber ersichtlich nicht bei der Staatsregierung, und sie hat auch keinen Grund zu übermäßigen Befürchtungen; während die Verhältnisse unserer Industrie sich angeblich unheilvoll verschlechtert haben, sind die Einnahmen aus dem Frachtverkehr fortwährend gestiegen, womit der gegenwärtig grassirende Pessimismus in Bezug auf die Wirtschaftslage nicht geradezu widerlegt sein dürfte, aber doch ganz beträchtlich eingeschränkt wird.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Ein Kanowohl-sein des Kaisers ist erfreulicher Weise ohne jede Bedeutung und dürfte sehr schnell behoben sein. Trotzdem steht es, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, noch nicht fest, ob der Kaiser den Besichtigungsfahrten in Weimar wird beiwohnen können. Eventuell wird der Kronprinz den Kaiser vertreten.

* Die Zollversammlung. Zu der gestern im Krätzelshaus zu Berlin begonnenen Zollversammlung des deutschen Handelstages waren die Delegirten der deutschen Handelskammern, kaufmännischen Korporationen und wirtschaftlichen Vereine außerordentlich zahlreich eingetroffen. Staatssekretär Graf Posadowsky hielt die Begrüßungs-Ansprache, in welcher er u. A. hervorhob, daß man mit einiger Sicherheit annehmen könne, es werde auch in diesem Jahrhundert der Wissenschaft gelingen, sich zum Besten der Menschheit die Kräfte der Natur immer mehr dienstbar zu machen und damit der Industrie und dem Handel fortgesetzt neue Gebiete der Thätigkeit zu eröffnen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Zolltarifgesetz und

Handelsverträge empfahl der Berichterstatter, Generalsekretär Dr. Soethers-Berlin, eine Resolution, die sich für langfristige Handelsverträge und gegen Erhöhung der Zölle ausspricht. Ueber diese Resolution entspann sich eine lebhaft, theilweise sogar erregte Debatte. Schließlich wurde die Resolution mit einer Reihe von Abänderungen angenommen. Ein Zusatzantrag, wonach der Handelsrat sich entschieden gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel ausspricht, wurde mit 147 gegen 143 Stimmen angenommen.

Die de Beers-Angelegenheit. Dem Londoner Korrespondenten der „Dreidner Neuesten Nachrichten“ ist von dem Vorsitzenden der de Beers Company folgende Erklärung zugegangen: Die ganze Bestechungsgeschichte ist rein erfunden. Die de Beers-Gesellschaft hat niemals irgend einer Zeitung direkt oder indirekt irgend welche Zuwendungen gemacht, besonders aber keinem deutschen Blatte, und die Gesellschaft ist erfreut, daß die „Kölnische Zeitung“ durch die Anstrengung des Prozesses des Dr. Rimann in die Lage gesetzt ist, die Grundlosigkeit des falschen Gerüchtes öffentlich darzulegen. (Wir müssen gestehen, daß, trotz der oft burenfeindlichen Artikel der „Köln. Ztg.“, wir es für gänzlich ausgeschlossen halten, daß diese Artikel auf Bestechungen zurückzuführen sind. D. R.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Januar.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden aufs Herzlichste im neuen Jahre. Alsdann gedenkt er des Ablebens des ehrenwürdigen Reichers der deutschen Bundesfürsten, des Großherzogs von Sachsen-Weimar. (Das Haus einschließlich der Socialdemokraten erhebt sich von den Sitzen.) Der Reichstag werde das Andenken dieses erhabenen Fürsten in hohen Ehren halten. Nachdem der Präsident noch Mittheilung davon gemacht, daß er anlässlich der „Eisenau“-Katastrophe an den Staatssekretär Tirpitz ein Belleidstelegramm geschickt und darauf ein Dankschreiben des Staatssekretärs erhalten habe, wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur ersten Lesung steht die Vorlage über das Urheber- und Verlagsrecht. — Abg. Spahn (Centr.) begrüßt die Vorlage mit großer Genugthuung und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß sie in dieser Session ihre Erledigung finden werde. Größere Bedenken habe er gegen das ausschließliche Ausführungsrecht, soweit es die Musikalienhändler angehe. Auch in Bezug auf das Uebersetzungsrecht des Verlegers habe er Bedenken. Redner beantragt kommissarische Berathung. — Abg. Esche (nat.-lib.) erkennt ebenfalls die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen gesetzlichen Zustandes an. Er tritt dem Vordränger darin bei, daß der Schutz der Musikverleger in der Vorlage etwas zu weit zu gehen scheine. Des Weiteren bedauert er, daß die Revision der Schutzbestimmungen nicht auch auf die Werke der bildenden Kunst und Photographien ausgedehnt worden sei. — Abg. Diez (Soc.) meint, im Wesentlichen könne man die Vorlage über das Urheberrecht annehmen, und zwar ohne kommissarische Berathung. Die Vorlage über das Verlagsrecht dagegen sei ganz ungenügend. Es sei geradezu eine Provocirung des Nachdrucks, des Diebstahls, wenn in § 23 es nicht als Nachdruck von Abbildungen angenommen werden soll, sofern ein Schriftwerk ausschließlich zur Erläuterung des Inhalts einzelner Abbildungen aus einem erschienenen Werke beigefügt würden. Aber viel mangelhafter sei das Verlagsrecht. Keinesfalls dürfe den Verlegern das unbedingte Uebersetzungsrecht gegeben werden. Redner übt heillosig lebhaften Kritik an der „Faulheit des deutschen Publikums im Bücherkaufen“ und hält für viel wichtiger als dieses Verlagsrecht die Befestigung des ambulanten Gerichtsstandes für die Presse und literarischen Erzeugnisse. Ebenso zu befeitigen sei das Zwangs-Exemplar, das als erstes der Polizei geliefert werden müsse, damit sie darin herumspüffeln könne. — Abg. Arndt (Reichsp.) pflichtet dem Vordränger bei, daß die reichen Leute in Deutschland zu wenig Bücher kaufen. Die Vorlage sei ein anerkanntes Wert, für welches der Regierung Dank gebühre, aber in Bezug auf das Uebersetzungsrecht müsse der Entwurf unbedingt abgeändert werden. Geistiges Eigentum sei doch eine Waare, die nicht so wie jede andere Waare behandelt werden dürfe. Redner verlangt Abschaffung des Pflicht-Exemplars für öffentliche Publikationen. — Abg. Hausmann (libd. Volksp.) meint, es sei schwer, bei dem Schutz der Zeitungen gegen Nachdruck die richtige Grenze zu ziehen, ob z. B. auch Telegramme geschützt werden sollen. Ein Juviel auf diesem Gebiete könnte unter Umständen zu Chikanirungen führen. Redner berührt dann noch die Frage der Reciprocität im Auslande. Ausländische

Produktionen sollten bei uns nur so viel Schutz genießen, wie die unserigen im Auslande. Redner bittet noch um Kommissionsberathung. Hierauf tritt Berathung ein. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung, dann zweite Lesung des Etats, zunächst Etat des Reichskanzlers.

Preussischer Landtag.

Berlin, 8. Januar.

Der preussische Landtag wurde heute Mittag ohne jegliches große Ceremoniell vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow mit der Verlesung der Thronrede eröffnet, da der König durch ein leichtes Unwohlsein an der Eröffnung verhindert war. Um 12 Uhr, die Zeit, um welche die Eröffnung stattfinden sollte, waren erst zwei Abgeordnete im weissen Saal anwesend. Nach und nach fanden sich ungefähr 150 Abgeordnete und Herrenhaus-Mitglieder ein. Mit Ausnahme des Fürsten zu Wied, des Prinzen zu Ratibor und zweier jüngerer Abgeordneten waren alle Herren im Frack erschienen. 12 Minuten nach 12 Uhr betrat das gesammte Ministerium den Saal. Sämmtliche Minister trugen keine Uniform. Voran schritten Graf Bülow und Finanzminister v. Miquel, dann folgten die übrigen Minister nach der Anciennität. Zum Schluss kamen die Minister ohne Portefeulle. Der Thron war mit einem sammetnen Purpurtuch bedeckt. Graf Bülow nahm vor den Stufen des Thrones Aufstellung und verlas mit klarer Stimme folgende Thronrede: Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Se. Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht. Die Finanzlage des Staates ist fortwährend günstig. Das abgeschlossene Rechnungsjahr 1899 hat ebenso wie die vorangegangenen Jahre trotz des starken Steigens der Ausgaben auf allen Gebieten staatlicher Thätigkeit einen beträchtlichen Ueberschuß ergeben. Für das laufende Jahr darf ein Gleiches erwartet werden. Der Staatshaushalt für 1901, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen, zu welcher wie in den Vorjahren überwiegend die eigenen Betriebsverwaltungen des Staates neben gesteigerten Steuer-Einkünften beitragen, hat es gestattet, dem Ausgabebedarf aller Verwaltungsverweigungen in weitem Umfang Rechnung zu tragen, und insbesondere einmalige und außerordentliche Aufwendungen in reichem Maße vorzusehen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse der Staatseisenbahnen sind zufriedenstellend und auch für das nächste Jahr ist ein günstiges Resultat zu erhoffen. Zur Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und zur Förderung von Kleinbahnunternehmungen werden wiederum erhebliche Mittel von Ihnen erbeten werden. Die Steigerung der Provinzialabgaben erfordert in Verbindung mit der durch Kreis- und Gemeindesteuern hervorgerufenen Belastung die ernste Beachtung der Staatsregierung. Auf eine Abhilfe hinzuwirken, ist umso mehr geboten, als diese Belastung in den an sich wirtschaftlich schwächeren Landestheilen besonders in die Erscheinung tritt und sich infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft in verschärftem Maße fühlbar macht. Die Staatsregierung beabsichtigt daher, in Ergänzung der Dotationsgesetzgebung den Provinzen für bestimmte Zwecke weitere Staatsrenten zu überweisen, insbesondere zur Ausgleichung der Verschiedenheiten in der Ausstattung mit Mitteln für den Wegbau. Sie wird bemüht sein, dem Landtag noch in dieser Tagung eine entsprechende Vorlage zu machen. Die bei den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten über die Kanalvorlage des Jahres 1899 ausgesprochenen Wünsche haben der Staatsregierung Veranlassung gegeben, einen neuen und erweiterten Plan aufzustellen, der bestimmt ist, den Bedürfnissen der verschiedenen Landestheile der Monarchie auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft durch den Bau von Kanälen und Verbesserung der Flußläufe gerecht zu werden. Der dem Landtag alsbald vorzuliegende Gesetzentwurf fügt demgemäß den Rhein-Elbe-Kanal hinzu, den Bau eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin, die Herstellung einer leistungsfähigeren Wasserstraße zwischen der Oder und der Weichsel und die weitere Regulirung der Warthe von der Mündung der Rehe bis Posen, die Verbesserung der Vorfluth in der unteren Oder, sowie in der unteren Havel und den Ausbau der Spre. Zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung haben die Ermittelungen darüber, ob und in welcher Gestalt der majestätische Schiffahrtskanal zur Ausführung zu bringen sei, noch nicht zum Abschluß gebracht werden können, da über den wirtschaftlichen Werth einer solchen Anlage in der Provinz Ostpreußen selbst noch ge-

wichtige Zweifel bestehen, und aus Rücksichten der Landeskultur große, bisher nicht befeitigte Bedenken gegen den Bau erhoben worden sind. Um die Verbesserung der Wasserstraße zwischen Ostpreußen und Berlin weiter zu fördern, und die dafür geeigneten Mittel — Anlegung von Staubecken und theilweise Kanalisierung oder Nachregulirung des Oberstromes — zu erproben, wird die Bewilligung eines hierfür ausreichenden Betrags gefordert werden. Die Durchführung der erwähnten Projekte wird ein zusammenhängendes, die großen vaterländischen Ströme verbindendes Netz von Wasserstraßen schaffen und der Landeskultur wie den Verkehrsinteressen dienen. Die Staatsregierung giebt sich der Hoffnung hin, daß die erweiterte Vorlage die Zustimmung der Landesvertretung finden wird. Dem Landtag wird der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., zugehen. Der Entwurf derselben im Anschluß an frühere Verhandlungen beider Häuser den Zweck, der in dieser Stadt herrschenden Wohnungsnoth durch Schaffung von Baugelände abzuheben. Wenngleich die Vorlage sich zunächst nur auf die Stadt Frankfurt a. M. bezieht, so erhält der Gesetzentwurf, der vom Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau einstimmig gebilligt worden ist, dadurch eine allgemeinere Bedeutung, daß sein Geltungsbereich auch auf andere Gemeinden, falls dies von ihnen beantragt wird, im Wege königlicher Verordnung wird erstreckt werden können. Wenn hiernach eine für eine einzelne Stadt und ein bestimmtes Gebiet der Wohnungsfürsorge besonders dringliche Frage vorab zur Erledigung gebracht werden soll, so erheischt doch die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse, namentlich in den dicht bevölkerten und überwiegend industriellen Gegenden weitere, die verschiedensten Gebiete kommunaler und staatlicher Fürsorge berührende Maßnahmen. Die Staatsregierung ist in der Erörterung darüber begriffen, welche Anordnungen im Verwaltungswege zu treffen und welche einer gesetzlichen Regelung zuzuwenden sein werden, um die hervortretenden Mißstände zu mildern, und namentlich dem Wohnungsbedürfnisse der minder bemittelten Klassen nach Möglichkeit abzuheben. Die Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zu Vorausleistungen für den Wegbau soll für die ganze Monarchie thunlichst einheitlich und gleichmäßig geregelt werden. Ein hierauf gerichteter Gesetzentwurf wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung unterbreitet werden können. Auf dem Gebiet des Nebizinalwesens wird Sie eine Vorlage zur Ausführung des Reichsfehngesetzes beschäftigen. Die besonders geartete Entwicklung der Haupt- und Residenzstadt Berlin und ihrer größeren Vororte, die bereits im vorigen Jahre zu einer Umgestaltung der polizeilichen Verwaltung geführt hat, läßt eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Neuordnung auch auf den übrigen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung erforderlich erscheinen. Ihre Mitwirkung hierzu wird erbeten werden. Meine Herren! In wenigen Tagen werden zwei Jahrhunderte vollendet sein, seitdem das Königreich Preußen entstand. Diese Erinnerung mahnt uns, festzuhalten und auszubauen, was in langer und schwerer Arbeit unter der Führung ruhmreicher Fürsten für Preußens Größe und Wohlfahrt errungen ist. Seine Majestät der König ist sicher, daß es hierzu in der hingebenden und verständnißvollen Mitwirkung des preussischen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung niemals fehlen wird. Seine Majestät hofft, daß es mit Gottes Hilfe Ihnen gelingen möge, auch die bedeutsamen Aufgaben der kommenden Session zu glücklicher Erledigung zu führen. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet. — An keiner Stelle wurde dieselbe durch einen Beifall unterbrochen. Nachdem Graf Bülow genedt hatte, trat Fürst zu Wied vor und brachte ein Hoch auf den Kaiser und König aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten.

Berlin, 8. Januar. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde in der heutigen ersten Sitzung, die vom bisherigen Präsidenten v. Kröcher mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet wurde, festgestellt, daß das Haus beschlußfähig war. Die nächste Sitzung zur Bureauwahl und Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung findet morgen Vormittag statt. — Im Herrenhause wurde heute das bisherige Präsidium, Fürst zu Wied als Präsident, Freiherr v. Mantuffel als erster und Oberbürgermeister Beder-Köln als zweiter Vicepräsident, sowie die bisherigen Schriftführer wiedergewählt. Die nächste Sitzung findet morgen Nachmittag statt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Graf Altdorffs, betreffend Verstaatlichung der ostpreussischen Südbahn, und Interpellation des Grafen Schlieffen, betreffend das Zigeunerwesen.

Feuilleton.

Residenz-Theater.

Dienstag, den 8. Januar. 1. Gastdarstellung Meta Jling: „Jaza“. Sittendild in 5 Akten von Pierre Bertron und Charles Simon. Deutsch von Volten-Baeders. Regie: Albin Unger.

Eine der Reklamemagazine des Residenz-Theaters hat dieser Tage Fräulein Jling als „gefeierte Tragödin“ eingeschmuggelt, und wir haben die Kontrebände, als wir sie entdeckten, gutmüthig passiren lassen, da der kundige Leser ja weiß, was es mit der Vortrefflichen auf sich hat. Die „gefeierte Tragödin“ entpuppte sich uns bei der gestrigen Aufführung der „Jaza“ nun als eine ausgereifte, interessante Künstlerin, die eine Rolle zu fassen und zu mobeln versteht, und die uns ins Bewußtsein zurückrief, wie mangelhaft seiner Zeit die Rolle von einer „berühmten“ Reklamekünstlerin für Wiesbaden treibt wurde. Später wurde diese Künstlerin bereits von Fräulein Kollendit (welche eben im Theater an der Wien gut gefällt) in der gleichen Rolle stark verdunkelt. Aber jetzt erst hat sich gezeigt, was Alles aus dieser Rolle, eine richtige „reisende Virtuosenrolle“, herauszuholen ist. Freilich, anfänglich wachte man noch nicht recht, was man aus dem Gast machen sollte. Man sah nur mit naivem Staunen, welches Geschick eine fingerfertige Bühnenkünstlerin im Schminken und Frisiren haben kann, fand wohl auch, daß die durch Herkunft und in der Erziehung vermittelte Chansonette in den Ränken kokettester Verführung ein wenig gar zu stark austrug, und daß sie als Rancee einen etwas lässig klingenden Resalon in ihre Sprache brachte. Das Alles konnte noch wenig imponiren, eher schon die sprechenden Augen in dem sonst von keiner starken Mimik belebten Gesicht. Dann aber, als sie mit dem zweiten Akt begann, das heiß liebende Weib in allen Phasen seiner nöthigen Leidenschaftlichkeit zu zeigen, da erwies es sich bald, daß Meta Jling nicht

nur mit Virtuosenmühen, sondern weit mehr noch mit dem Ausdruck echter Empfindung zu wirken, daß sie mit dem ganzen Körper zu spielen, daß sie zu lachen und zu weinen, daß sie in der Enttäuschung wie eine Raube zu wüthen, aber auch den echten Schmerz der verzweifelnden, hoffnungslosen Liebe erschütternd zu geben weiß. Die Scenen: wie sie zuerst erfährt, daß der Geliebte verheirathet sei, dann, wo sie sich von seiner glücklichen Ehe überzeugt und sich selbstüberwindend von dannen schlich, und schließlich die Abhiebsscene von Dufresne, der in dem sonst so lächlichen Herrn Rienschert einen auffällig steifen und kühlen Vertreter fand, diese Scenen hatten dauernd im Gedächtniß durch die Offenbarung einer echten, fortwährenden Kunst. Freilich wollen wir nicht vergeffen, daß die Kunst unserer heimischen Vertreterin dieses Rollenstücks, Fräulein Riasson, doch großgültiger und einheitlicher getarnt ist. Nichtsdestoweniger kann man für dies interessante Gastspiel, das nützliche Vergleiche ermöglicht, recht dankbar sein. Die Gesamtvorstellung zeichnete sich wieder durch die außerordentlich lebendige Inszenirung aus, welche besonders im ersten Akt, in den Scenen hinter den Coulissen, einen wahren Triumph feierte. Das Publikum zeichnete den Gast, für den auch eine prächtige Blumenpönde abfiel, durch starken Beifall aus.

Sch. v. B.

Aus Kunst und Leben.

Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst. Gestern Abend wurde im Kurhause die konstituierende Versammlung der „Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst“ abgehalten. Geheimer Sanitätsrath Dr. Genth begrüßte die Anwesenden im Namen des provisorischen Comites. Nach Verlesung mehrerer Bestimmungsschreiben von hervorragenden Persönlichkeiten der Stadt und Wahl des Vorsitzenden nahm Herr D. Ollendorf das Wort, um in längerem Vortrage Zweck und Ziele der Gesellschaft zu entwickeln. Seine Ausführungen bedient sich im Wesentlichen mit dem Inhalt unseres Feuilletons

vom 6. d. M. und fanden lebhaft Zustimmung. Hierauf verlas Herr Dr. v. Grolmann die Statuten, die fast ohne alle Diskussion angenommen wurden. Daran schloß sich die Wahl der Mitglieder für den weiteren Vorstand, der sofort nach Beendigung der allgemeinen Versammlung seine erste Sitzung abhielt. Die Wiesbadener hatten ihr reges Interesse für die Kunst durch so zahlreiches Erscheinen bekundet, daß sich der Table d'hôte-Saal fast als zu beschränkt erwies. Uebersichtlich groß war die Zahl der Damen, denen Herr Kunsthistoriker Ollendorf im Verlauf seines Vortrages das schöne, aber nicht unbedeutende Kompliment machte, daß sie überhaupt der Herrenwelt im werththätigen Interesse für die bildende Kunst weit überlegen seien. Dieser zahlreiche Besuch, sowie die vielen Einzelnungen in die Mitgliederliste, die im Verlauf des Abends erfolgten, lassen für die Gesellschaft das schöne Gedelhen hoffen, daß sie um ihrer Ziele willen verdient.

Untersuchungen über das Gedächtniß der Schulkinder hat der Oberlehrer Dr. Kemfies angestellt und darüber Montag Abend einige Mittheilungen im Berliner „Verein für Kinder-Psychologie“ gegeben. Dr. Kemfies forschte, auf welchem Wege irgend ein Stoff, also z. B. eine Anzahl von Buchstaben, im Gedächtniß der Schüler am besten haften bleibe: ob akustisch (durch mündliche Lehrmethode) oder optisch (durch Ablesen von der Tafel) oder durch das am meisten gebräuchliche lumbinische Verfahren (die Verbindung der beiden ersten Arten). Eine Vergleichung dieser Methoden hat ergeben, daß das einseitig akustische, dem einseitig optischen Verfahren durchweg überlegen war, etwa um 10 pCt., und daß selbst das Lernen nach der verbundenen Methode (Hinschauen nach dem Geschriebenen und lautes Sprechen) der rein akustischen noch etwas nachsteht. (1) Diese Ergebnisse sprächen also ziemlich deutlich zu Gunsten der akustischen Methode. Es galt aber auch, festzustellen, ob dieses Verhältniß bestehen bleibt, wenn die Energie der Aufmerksamkeit der Schüler bei allen drei Wegen die gleiche ist. Zu diesem Zweck durfte bei dem akustischen Verfahren nur das Ohr thätig sein (die Schüler mußten die Augen schließen) und bei dem

Ausland.

*** Oesterreich-Ungarn.** Exminister Lufsch, der sich selbst mordete, hat gelegentlich der Pariser Ausstellung in jeder Beziehung eine tadellose finanzielle Verwaltung geführt und für Repräsentationskosten kaum 50,000 Kronen verausgabt. Die Ueberschreibung des für die Pariser Ausstellung bestimmten Budgets mit etwa einer halben Million Kronen erfolgte für Installation, Administration u. und wurde von der Regierung genehmigt.

*** Italien.** In seiner Antwort an die englischen Pilger sagte der Papst, daß er lieber seine schmerzliche Lage ertrage, als daß er auf seine heiligen Rechte und die für das apostolische Amt nötige Unabhängigkeit verzichte. Er beklagte sich schließlich über die protestantische Propaganda, die selbst im Mittelpunkt der katholischen Welt in Rom betrieben werde. Die „Frank. Ztg.“ bemerkt dazu richtig: Es ist in der That jammerlich, daß man die Krone in Rom nicht wie früher einfach verkümmern kann.

*** Belgien.** Die beunruhigenden Nachrichten über das Befinden der Königin sind unrichtig. Die Königin befindet sich wohl und empfängt Besuche. Die strenge Kälte hindert sie, spazieren zu gehen, doch unternimmt sie Ausfahrten im geschlossenen Wagen.

Der Zustand in China.

Der kaiserliche Hof will nicht.

hd. Berlin, 9. Januar. Die dem „Votal-Anzeiger“ aus London telegraphirt wird, erhielten nach einer Meldung aus Peking die chinesischen Bevollmächtigten ein kaiserliches Dekret, die Kollektivnote nicht zu unterzeichnen, es sei denn nach Streichung der Bedingung bezüglich der Schleifung der Taku-Forts, der Etablierung ständiger Militärposten, der bewaffneten Gefandtschaftswachen und des Waffen-Einfuhrverbots. Die Bevollmächtigten beschloßen, die Note dessen ungeachtet zu unterzeichnen. Sie telegraphirten zurück, falls sie die Annahme redociren würden, würden die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden. Jeder Widerstand Chinas sei unmöglich.

Unterzeichnet.

wh. London, 9. Januar. Die „Times“ melden aus Peking vom 6. Januar: Elf gleichlautende Protokolle, von denen jede Macht eins vertritt, wurden den chinesischen Friedensbevollmächtigten überreicht, von ihnen unterzeichnet und dann das kaiserliche Siegel daraufgesetzt.

Deutschland angeblich das „Narnickel“.

Der „Temps“ veröffentlicht ein langes Interview des Bischofs Favier, der die ganze Schuld an dem Vorkaufstand auf die Deutschen schiebt. Nach Favier fand Prinz Luon keinen größeren Anhang als in Schantung, wo das Volk, durch die Niederlassung der Deutschen in Kiautschou gereizt war, und wo schon ein Jahr vorher Unruhen ausgebrochen waren. Auf den Ruf des Scheimbundes marschirten die Vorgesetzten sofort und zuerst aus Schantung nach Peking.

Der Krieg in Südafrika.

wh. London, 8. Januar. „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt vom 8. d. M.: 1500 Buren trafen gestern in Sutherland ein. — Dasselbe Blatt meldet aus Matjessfontein vom 8. d. M.: Da die Buren bei Sutherland den Weg versperrt fanden, wandten sie sich nach Calcutia.

hd. London, 8. Januar. Wie aus mehreren Zeitungsberichten hervorgeht, sind in der letzten Zeit zahlreiche Burenfrauen mit ihren Gatten aus ihren Farmen ausgezogen und betheiligen sich an den Kriegsoptionen.

hd. London, 9. Januar. Aus Kapstadt wird berichtet: Die Zahl der Buren, welche im Westen der Kapkolonie eingedrungen sind, nimmt jeden Tag zu. Die Mehrzahl bringt nach Süden vor, indem sie der Eisenbahn folgt. Die Buren gebrauchen, wie es heißt, Gewaltmaßregeln gegen die Holländer, welche sich weigern, sich ihnen anzuschließen. Ihre Zahl wird jetzt bereits auf 18,000 geschätzt. Sie sind mit guten Pferden versehen und haben große Vorräthe an Kriegsmunition.

wh. Kapstadt, 8. Januar. (Reuter.) Es heißt, die Aufklärungspatrouillen der in die Kapkolonie eingedrungenen Buren ständen 20 Meilen von Piquetberg.

hd. Berlin, 9. Januar. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus London berichtet wird, ist der Kriegszustand auf alle südlichen Distrikte der Kapkolonie ausgedehnt worden. Es wird gemeldet, daß 1500 Buren sich 120 englische Meilen nordöstlich von Kapstadt befinden. Auch die Kämpfe am Baal dauern fort.

optischen Verfahren nur das Auge, das Zimmer wurde verdunkelt und jede Belästelung erschien auf einem Transparent. Die hierbei gemachten Beobachtungen waren sehr interessant. Nebenbei offenbarte sich bei dieser Gelegenheit, daß ein recht „schwacher Schüler“ ein geradezu phänomenales Gedächtniß besaß. Im Allgemeinen zeigte sich auch hier, daß die Schüler dasjenige besser behielten, was ihnen auf afakustischem Wege beigebracht wurde. In der Besprechung führte Dr. Bierwald u. A. aus, die Vortheile des afakustischen Verfahrens seien z. B. beim Erlernen einer Sprache ganz unverkennbar. Sehr merkwürdig sei es allerdings, daß die Ergebnisse des kombinirten Verfahrens nicht die besten wären, da doch anscheinend etwas, was durch Auge und Gehör wahrgenommen wird, sich am besten einprägen müßte.

*** Ein paar Dumas-Muckeboten werden im „Gaulois“ erzählt:** Die Gesundheit des Dumas père war beklagenswerth; er schonte sie auch nicht im Mindesten. Während eine Cholera-Epidemie Paris verwüstete, trat sein Sohn eines Tages bei ihm ein und fand ihn bei Tisch, mehrere Melonen behaglich ver-spießend. Der Sohn schrie entsetzt auf und machte dem Vater heftige Vorwürfe. „Laf doch“, sagte dieser, „das ist jetzt gerade die Zeit, Melonen zu essen; sie kosten jetzt so gut wie nichts.“ — An einem Sommerabend nach einem brüderlich heißen Tage saßen Vater und Sohn zusammen in dem sehr kleinen Garten eines ganz kleinen Hauses, das damals der Dichter der „Amelieandame“ bewohnte. Blyßlich sagte Dumas père: „Man erstickt ja hier, öffne doch die Thür Deines Zimmers, damit in Deinen Garten etwas Luft kommt!“ — Dumas fils befand sich eines Tages in einer Gesellschaft, in der man davon sprach, was man zu thun hätte, wenn man einen Gegenstand gefunden hätte. „Was würden Sie thun“, sagte man, „wenn Sie auf der Straße ein Portemonnaie mit 10,000 Francs aufnehmen?“ Nach einer ganzen Reihe banaler Antworten wandte man sich an Dumas: „Und Sie, Monsieur Dumas?“ — „Oh, ich, das ist sehr einfach. Ich würde 1000 Francs Belohnung Demjenigen schicken, der es verloren hat!“

wh. Kapstadt, 8. Januar. (Reuter-Meldung.) Der Central-Friedensausschuß des Orange-Freistaates richtete einen offenen Brief an Lord Ritcher, die Kapkolonie zu bitten, das Unvermeidliche hinzunehmen und die kämpfenden Buren nicht durch Erweckung falscher Hoffnungen zu ermuthigen.

General Buller Kriegsgefangen geweien?

Die in Lourenco Marques erscheinende Zeitung „O Portuguez“ erklärt in der Nummer vom 21. November, daß sie dem Gerücht, als hätte sie die Aufforderung erhalten, ein Kompromiß zwischen Dewet und Buller zu veröffentlichen, nicht zu widersprechen wünsche. Dieses Kompromiß soll nach „O Portuguez“ darin bestanden haben, daß General Buller auf Ehrenwort versprochen, sich nicht mehr am Krieg wider die Buren zu betheiligen. Damit hat sich das frühere Gerücht bestätigt, daß die Buren General Buller gefangen genommen, ihn jedoch, nachdem er das in Rede stehende Schriftstück unterzeichnet, wieder freigelassen hätten. General Dewet habe Bullers Ordenszeichen behalten. Das Blatt hat das Dokument nicht veröffentlicht, weil daraus möglicher Weise allerlei Unannehmlichkeiten für die portugiesische Regierung entstehen könnten.

Die de Beers Company und ihre „Arbeiter“.

Es herrscht vielfach die Ansicht, daß die Arbeiter dieser Compagnie ein Leben wie Gott in Frankreich führen. Thatsache ist, daß sie weiter nichts als Sklaven sind. Von dem Tage ab, an welchem sie sich an die Gesellschaft verbinden, hören sie auf frei zu sein. Sie bleiben stets unter scharfer Bewachung und dürfen das sogenannte „Compound“ nicht verlassen. Vor einiger Zeit versuchte nun ein „Arbeiter“ Namens Tiffane aus dem Compound zu entspringen, wobei er von andern „Arbeitern“ begleitet wurde. Dafür mußte er sein Leben lassen. Als der Fluchtversuch bemerkt wurde, kommandirte der königlich großbritannische Major W. Roper Calbeck vom 5. Bataillon der Regl. Dubliner Schützen 13 bis 14 Mann zur Jagd auf die „Arbeiter“, welcher Jagd er mit großem Interesse zusah. Tiffane wurde, wie gesagt, gefoltert, zwei andere „Arbeiter“ verwundet. Zu solchen Zwecken werden die kaiserlichen Truppen in Südafrika herangezogen. Eigenthümlich berührt diese Behandlung der „Arbeiter“ durch die Großbriten, die doch von den Buren behaupten, sie behandelten ihre Schwarzen schlecht. Bisheriger Fall ist am 29. Oktober d. J. passiert. B.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 9. Januar.

— Alterthumskunde. Auf den heute Abend, 6 Uhr, im Verein für Nassauische Alterthumskunde und Geschichtsforschung im „Lidoli“ (Luisenstraße 2) stattfindenden Vortrag des Herrn Ministerialrath Soltau über die Hallstattniederlassung zu Reuthäusel im Westerwald sei nochmals hingewiesen mit dem Bemerkten, daß dazu Jedermann freien Zutritt hat. An den Vortrag wird sich ein zwangloses, gemüthliches Zusammensein der Mitglieder schließen.

o. Vermehrung der Polizei. Die bereits früher erwähnte Einstellung von berittenen Schutzmännern seitens der hiesigen königlichen Polizeiverwaltung wird, wie wir hören, am 1. April d. J. erfolgen. Es sollen ein Wachtmeister und sechs Schutzmänner beritten gemacht und dieselben, so weit thunlich, aus dem vorhandenen Bestande entnommen werden, wobei natürlich nur solche Leute in Frage kommen, welche bei der Kavallerie gedient haben. Die berittenen Schutzmänner haben, abgesehen von einem Posten, der wahrscheinlich vor den Bahnhöfen aufgestellt wird, den Patrouillendienst in den äußeren Stadttheilen und im Walde zu versehen. Außerdem soll die Schutzmännerschaft mit dem gleichen Zeitpunkt noch um vier Schutzmänner zu Fuß vermehrt werden.

o. Die unredlichen „Lohlfenjauren Jungfrauen“, von denen mitgetheilt wurde, daß sie wegen Unterschlagung verfolgt und gefänglich hier eingeliefert worden waren, standen heute vor dem Schöffengericht. Es sind die Schwestern Katharine und Christine W. aus Camberg, 18 und 17 Jahre alt. Sie waren beide in den bunten Wasserhäuschen dahier angestellt gegen einen festen Lohn von 45 Mk. und eine bestimmte Provision von der Einnahme. Da aber die letztere zu der Zeit, als die Mädchen ihre Häuschen bezogen hatten, nur noch sehr gering war, so blieb es eben in der Hauptsache bei den 45 Mk., und da die Weiden damit nicht auslauen, griffen sie in die Kasse ihres Dienstherrn. Die Katharine veruntreute 35 und die Christine etwas über 60 Mk. Da Beide noch unbestraft sind, das Gericht auch von der Erwägung ausging, daß ein Lohn wie der hier fragliche „unter aller Würde“ und es nicht zu verwundern sei, wenn solche junge Mädchen dabei auf Abwege gerieten, so wurde gegen die Katharine auf 1 Tag und gegen die Christine auf 2 Tage Gefängniß erkannt. Die Christine, obwohl die jüngere der Schwestern, soll die leichter veranlagte und unternehmungslustigere sein und auch die Katharine veranlaßt haben, ihre gute Stelle als Dienstmädchen aufzugeben und unter die „Lohlfenjauren Jungfrauen“ zu gehen. Die Katharine wird auf die Gnadenliste gesetzt und aus der Haft entlassen, während die Christine ihre Strafe sofort antritt.

o. Der Wilderer Eisenach, von dem berichtet worden ist, daß er gestern unter Ueberwindung des schwersten häßlichen Widerstandes festgenommen wurde, stammt aus Johannsburg im Rheingau und ist 34 Jahre alt. Er ist derselbe Jgnaz Eisenach, der vor mehreren Jahren mit mehreren Anderen wegen ähnlicher Gewaltthatigkeiten vor dem hiesigen Schwurgericht stand. Damals wurde er auf der Platterstraße betreffen, als er von der Jagd heimkehrte, verfolgt und in einem Hause der Ludwigstraße nach ähnlicher gefährlicher Gegenwehr wie gestern mit seinen Komplizen festgenommen. Dem Eisenach ist überhaupt das Wildern zur zweiten Natur geworden und er ist deshalb schon dreimal vorbestraft. Leute dieses Schlages sind bekanntlich auf dem Lande nicht selten, für sie, die mit der Natur, mit Feld und Wald vertraut sind, wie der Städter, hat das Jagen einen unbezwinglichen Reiz. Der Vorfall, wegen dessen er jetzt verfolgt wurde, hat sich in der Gegend von Frauenstein abgespielt. Dort strich er auch mit der Wölfe umher, was ein Waldarbeiter bemerkte. Als Eisenach sah, daß der Mann keine Arbeit gegen sich und in der Richtung nach dem Forstbause eilst, davonjagte, nötigte er ihn, unter Bedrohung mit

der Wölfe, stehen zu bleiben, niederzuknien und verfangte von ihm, zu geloben, kein Wort von der Begegnung zu sagen. Als der Arbeiter nachher doch Miene machte, den Förster aufzusuchen, gab Eisenach einen Schrottschuß auf ihn ab und verletzte ihn so schwer an den Beinen, daß der Mann in das städtische Krankenhaus dahier gebracht werden mußte. Der gefährliche Patron ist damals verschwunden und zwei Jahre lang vergeblich gesucht worden. Er hat sich während dieser Zeit an verschiedenen Orten aufgehalten und sogar in Kreuznach verheiratet, wo sein Aufgebot unter seinem Namen veröffentlicht war, ohne daß die Polizei auf ihn aufmerksam geworden ist. Er arbeitete gewöhnlich in größeren Fabriken als Schmiech oder Rieder, zunächst in der Gegend von Höchst. Dort hielt er sich auch unter seinem rechten Namen auf und spielte sogar mit dem Gendarmen Karten, bis derselbe eines Tages den Stadtbrief gegen Eisenach fand. Letzterer entzog sich damals der Verhaftung durch die Flucht; er wählte den Gendarmen zu bestimmen, ihn noch einmal nach seiner Behauptung zu führen, wo er aus einem Nebenzimmer durch ein zwei Stodwert hoch belegenes Fenster hinaussprang und spurlos verschwand. Zuletzt hat sich Eisenach unter dem Namen Schneider in Göttingen aufgehalten und er ist erst vorgestern, also am Tage vor seiner Verhaftung, hierher gekommen; doch, so kurz sein hiesiger Aufenthalt auch noch war, er wurde gesehen und die Polizei auf ihn aufmerksam gemacht. An seiner Festnahme waren außer den genannten Beamten noch die Herren Kriminalschutzmänner Sperber und Eichstädt betheiligt. Deren Kollegen Baumgärtner verfehlt Eisenach einen Stich in die Herzgegend, der sehr gefährlich, vielleicht tödtlich hätte werden können, wenn er nicht an dem metallenen Legitimationszeichen des Beamten, das derselbe in der Brusttasche trug, abgeprallt wäre. Die Verletzung, die sich Eisenach selbst beibrachte, ist mehr eine Schnitt- wie eine Stichwunde und ganz ungefährlich. Der gefährliche Mensch wird in dem Krankenhaus selbst durch einen Schutzmannsposten bewacht.

— Kleine Notizen. Wie uns mitgetheilt wird, hat der Vorstand des „Christlichen Hospizes“, Rosenstraße 4, das Haus Oranienstraße 53 in erster Linie für seine Zweiganstalt „Wädhchenheim“ und die dazu gehörige Haushaltungsschule erworben. Das Christliche Hospiz bleibt in seinen bisherigen Räumen, Rosenstraße 4.

Letzte Nachrichten.

Continental-Telegraphen-Compagnie.

Washington, 8. Januar. Es ist festgestellt, daß Mc. Kinleys Krankheit Grippe ist. Sie nimmt jedoch einen günstigen Verlauf. — Das Repräsentantenhaus nahm die Vorlage an, durch welche die Mitgliedszahl des Repräsentantenhauses auf 386 erhöht wird.

Reichsbehörden-Bericht

Berlin, 9. Januar. Der „Vol.-Anz.“ meldet aus Kopenhagen: Hier verlautet, der Czar leide an einem Lungenübel, das ja leider in der Czaren-Familie nicht unbekannt ist. In russischen Hofkreisen herrscht deswegen große Besorgniß. Das Czarenpaar werde bald nach der Riviera reisen. — Wegen den Bankier Sternberg sind dem „Vol.-Anz.“ zufolge, anlässlich der Verhaftung der Witwe Rüsse jetzt zwei Fälle festgestellt worden, derentwegen er sich vor Gericht zu verantworten haben wird. Der eine umfaßt ein Vergehen gegen ein 14-jähriges, der andere ein solches gegen ein 15-jähriges Mädchen. Des letzteren wegen ist seitens des Vaters ein Strafantrag wegen Verführung gestellt worden. Die Voruntersuchung in diesen beiden Sachen ist noch nicht beendet.

wh. Berlin, 9. Januar. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Thorn: In der hiesigen Gegend sind infolge der strengen Kälte 3 Personen erstoren. — Die „Morgenpost“ meldet: Durch Einbruch des Erbreichs auf einem Innenwerke in Glocetz (Provinz Sachsen) wurden zwei Arbeiter getödtet und drei verletzt. — Der „Votal-Anzeiger“ meldet aus Paris: Es wurde beschlossen, den Plan der Erhaltung eines Theiles der Rue des nations der Weltausstellung aufzugeben.

hd. Montbellier, 9. Januar. Der Schneesturm, welcher in der Stadt und Umgegend gewüthet hat, ist der heftigste seit dem Jahre 1870. Ein einen halben Meter hoher Schnee bedeckt die ganze Gegend. Mehrere Eisenbahnzüge sind im Schnee stecken geblieben.

hd. Paris, 9. Januar. Ein Telegramm an das hiesige Marineministerium berichtet, daß der Dampfer „Vilte de Zamatae“, welcher das 13. russische Infanterie-Regiment von China nach Odesa bringen soll, noch immer nicht in Odesa eingetroffen ist. Man begt deshalb erste Besürchtungen für das Schiff. — Infolge des Schneesturms sind die Eisenbahndverbindungen nach Odesa unterbrochen.

hd. London, 9. Januar. Wie aus Buenos Ayres gemeldet wird, stehen große Landstrecken in der Provinz La Plata und Bahia Blanca in Flammen. Das Feuer erstreckt sich auf 40 Quadratmeilen. Man weiß noch nicht, ob Personen dabei zu Schaden gekommen sind.

hd. New-York, 9. Januar. Das Spital von Rochester ist niedergebrannt. Das Feuer wurde durch einen über-heizten Ofen hervorgerufen und griff sehr rasch um sich. 26 Kinder und 3 Pflegerinnen sind als verkohlte Leichen aus den Trümmern hervorgezogen worden.

Volkswirthschaftliches.

Goldmarkt. Coursbericht der Frankfurter Börse vom 9. Januar. Mittags 12 1/2 Uhr. Credit-Aktien 208.40, Diskonto-Commandit 175.50, Staatsbahn 144.40, Lombarden 25.80, Gotthardbahn-Aktien —, Centralbahn —, Nordostbahn —, Union-Bahn —, Laurahütte-Aktien 192, Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien —, Bochumer 178.70, Harpener 170.90, 3-procentige Mexikaner —, Italiener —, Dresdener Bank —, Darmstädter Bank —, Berliner Handels-Gesellschaft —, Deutsche Bank —, 4-proc. Spanier —, 3-procentige Portugiesen —, Tendenz: schwach.

Wien, 9. Jan. Oesterreich. Credit-Aktien 665.75, Staatsbahn-Aktien 661.70, Lombarden 110.—, Marknoten 117.70.

Die Abend-Ausgabe enthält 117 Seiten.

Der unentgeltliche Nachdruck unserer Original-Artikel ist verboten.

Verantwortlich für den politischen und literarischen Theil: H. Schulte von Dröhl; für den wirthschaftlichen und die Engländer: G. Wölber; für die Wiesbadener Druck- und Verlag der B. Schellberg'schen Holz-Druckerei in Wiesbaden.

Wegen bevorstehender

Inventur

verkaufe ich

in allen Abtheilungen eine grosse Anzahl Artikel

spottbillig.



M. Schneider



Manufactur — Modewaaren,
Wiesbaden,

Kirchgasse 29. 31.

Kirchgasse 29. 31.